



Fred Toplak kritisiert die SPD für ihren Antrag, den Hebesatz der Grundsteuer absenken zu wollen.

FOTO STEFAN KORTE

# „Schaufenster-Antrag“: Toplak kritisiert SPD-Antrag zur Grundsteuer

**Herten.** Fred Toplak reagiert empört auf den SPD-Antrag zu einem niedrigeren Steuer-Hebesatz. Das Geld könne die Stadt nicht herbeizaubern, sagt der Ex-Bürgermeister.

Von Benedikt Iwen

Der angekündigte Ratsantrag der SPD, die Grundsteuersätze in Herten wegen der bundesweiten Grundsteuer-Reform abzusenken, sorgt für Verwunderung. Fred Toplak, Vorsitzender der TOP-Partei, schüttelte mit dem Kopf, als er davon las. „Die Grundsteuer soll durch die Reform insgesamt gerechter verteilt werden. Ich gehöre auch zu denen, die mehr bezahlen.“

Er macht darauf aufmerksam, dass die Hertener SPD noch im Jahr 2022 für die Anhebung des Hebesatzes in Herten auf 920 Prozent gestimmt habe, anders als die TOP-Partei. Er nennt den neuen Vorstoß der SPD deshalb nun einen „Schaufenster-Antrag“.

Mit der Grundsteuererhöhung sollte damals der Verlust ausgeglichen werden, der durch sinkende Abwassergebühren entstanden war. Die Summe betrug zwei Millionen Euro, und die Stadt holte sie sich so von den Bürgern prompt zurück. Alternative wäre damals laut Bürger-

meister Matthias Müller die Kürzung von freiwilligen Leistungen und Angeboten (z. B. Sportplätze, Beratungsstellen) gewesen.

## Müssen Ausgaben gekürzt werden?

Zurzeit ist die Datenlage zur neuen Grundsteuer noch weitgehend unklar. Wie viel nimmt die Stadt mit dem gerade erst erhöhten Hebesatz von 920 Prozent konkret ein? Wie würde sich diese Summe mit der Reform ändern, wenn der Hebesatz so bleibt? Das stehe alles noch in den Sternen, meint Stadtkämmerer Oliver Lind. Aus der Fortschreibung im Haushaltsabschluss lasse sich jedenfalls keine Prognose ableiten. Die Fortschreibung für die kommenden Jahre basiere nur auf Prognosen des NRW-Bauministeriums.

„Diese Grundsteuererhöhung zurückzunehmen, hat also einerseits überhaupt nichts mit der Bemessung der Grundsteuer zu tun und ist andererseits gar nicht möglich, ohne an anderer Stelle mindestens zwei Millionen Euro zu kürzen“, sagt



## Hebesatz rauf oder runter? Die Grundsteuer-Reform kann für manche Hauseigentümer in Herten teuer werden.

FOTO PICTURE ALLIANCE/DPA

Toplak. Und das Jahr für Jahr. Generell wehre er sich nicht gegen einen niedrigeren Hebesatz. Nur könne er, ohne zu wissen wie ein möglicher Einnahme-Ausfall bei niedrigerem Hebesatz kompensiert würde, dem Antrag unmöglich zustimmen. „Wir können nicht irgendwo zwei Millionen Euro herzaubern, ohne klar zu benennen, wo wir kürzen wollen.“

Fest steht: In der jüngeren Vergangenheit sprachen sich alle Ratsparteien gegen eine steuerliche Mehrbelastung

der Bürger aus. Und so lautet auch die Vorstellung von Bund und Ländern: Die Kommunen sollen mit der Grundsteuer-Reform nicht ihre Kassen auffüllen, sondern im Optimalfall genauso viel einnehmen wie zuvor auch. In Herten sind für 2023 14,9 Millionen Euro angesetzt.

## Keine falschen Erwartungen wecken

Matthias Waschk, Fraktionsvorsitzender der CDU, warnt aber davor, falsche Erwartungen bei den Bürgern zu wecken, damit nicht ein böses Erwachen folgt. Mit der Neubewertung der Grundstücke werde es auf den einzelnen Steuerbescheiden zwangsläufig zu Verschiebungen nach oben oder unten kommen. Nur im Durchschnitt, also in der Gesamtsumme, solle eine Mehrbelastung verhindert werden.

Der SPD-Antrag wird zwar erst im Sommer im Stadtrat diskutiert, bei der FDP scheint das Vorhaben aber schon auf offene Ohren zu stoßen. Der Kreisverband der Liberalen teilte nach seinem

Parteitag mit: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass es durch die Grundsteuerreform nicht zu zusätzlichen Belastungen für Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern und ihren Mietern kommt.“ Allerdings fordert die FDP eher ein Handeln von der Landesregierung. Und zwar in Form einer Anpassung der Steuermesszahl, die im Bundesmodell von 3,5 Prozent auf etwa ein Zehntel reduziert wurde. Sollte das nicht geschehen, strebe die FDP im Kreis Recklinghausen eine Anpassung der Hebesätze an, die sicherstelle, „dass die Reform für die Bürger zumindest in der Summe aufkommensneutral ist“.

Die Betonung liegt auf „in der Summe“. Dass manche Hauseigentümer oder Mieter am Ende mehr bezahlen müssen, ist wohl allen Beteiligten bewusst - auch der SPD. Eine Absenkung des Hebesatzes werde zwar im Einzelfall immer noch zu Mehrbelastungen führen, aber eben zu deutlich geringeren, hieß es von den Sozialdemokraten in ihrer Begründung.